

2. Bei allen, also auch den wegen eines Verbrechens oder Vergehens Angeklagten soll die Mithilfe von Vorstrafen in der Hauptverhandlung grundsätzlich unterbleiben, wenn seit deren Verhängung oder Erlass ein kaffreier Zeitraum von zehn Jahren verfloßen ist. Es ist eine nicht zu rechtfertigende Härte, dem neuerdings — möglicherweise unrichtig — Angeklagten eine alte, längst verbüßte Freiheitsstrafe vorzubehalten, nachdem er sich in mehr als zehnjähriger kaffreier Vergangenheit eine sichere Ehre erwirbt hat. Schon die bloße, nicht zu bestrittene Möglichkeit, daß die Schuldige solcher Vorstrafe dem Mann von neuem auf die Strafe trifft, muß genügen, eine Schutzbestimmung zu rechtfertigen.

3. Aber auch wenn die Voraussetzung einer zehnjährigen streifen Führung nicht gegeben ist, wird man fordern dürfen, daß Vorstrafen, die weder die rechtliche Beurteilung der neuen Straftat noch das Verhalten des Beschuldigten beeinflussen sind, nicht in Betracht kommen. Es gibt Fälle genug, in denen solche Aufhebung der Vergangenheit laudlich verlohnt ist und nur das Gefühl peinlicher Scham in dem Betroffenen ausreicht, um etwaigen wirtschaftlichen Folgen abzugeben. Ist es nötig, daß dem wegen Verleumdung oder Falschverleumdung Angeklagten eine Disziplinarstrafe vorgehalten wird? Ist es nötig, dem wegen eines geringfügigen Vergehens vor Gericht Stehenden das ganze Unbehagen der von ihm erlittenen Vorstrafen unter Angabe aller Einzelheiten in Gegenwart einer konstitutionellen, regelmäßig recht zweifelhafte Inoberschuld vorzulegen?

Schließlich wird auch für Jungen eine Einschränkung des Straßens nach Vorstrafen gefordert. Nur nach Weisung der Strafkammer sei der Bestrafung der Unmündigen zu fragen, darüber hinaus aber jede an einem Jungen gestellte Frage wegen etwaiger Vorstrafen nur anzustellen, wenn die Entscheidung für den Straftäter, besonders für die Glaubwürdigkeit des Jungen selbst, in Wahrheit von Bedeutung ist. Wenn man sich zu jeder solchen Form entschließt, sollte man aber noch einen Schritt weitergehen und überhaupt eine Verjährungsfrist für erlittene Strafen einführen, damit, daß nach einem bestimmten Zeitraum sie aus dem Aktiven verschwinden.

Die dankbaren Agrarier.

Herrn v. Podbielski ist durch den Vorstand des Bundes der Landwirte das Diplom als Ehrenvorsitzender des Bundes überbracht worden. Das wichtige Ereignis wird jetzt in der Deutschen Tageszeitung ausführlich geschildert. Schon die Fahrt nach Podbielskis Gut Dallmin war ein Triumphzug:

In Wolfen und Dallmin waren auch die Schulen mit ihren Lehrern zur Begrüßung der Ehrengäste aufgeleitet. Weißfleisende Mädchen überreichten mit artigem Knick Kornblumensträußen.

Dallmin ist, wie man wissen mag, Gutsbesitz und sein Vertreter ist ein fleißiger Mann. So kommt es, daß Lehrer und Schüler dankbar genannt werden können, an einer politischen Demonstration teilzunehmen, die von einer einseitigen Interessenvertretung ausgeht und einem Manne gilt, der in hohem Maße dem Staatsdienst gewidmet ist.

Der Bundesvorsitzende Dr. Nöbbele hielt sobann eine schwingvolle Rede, in der er, sei es aus Ehrlichkeit oder aus Ungeschick, den neuen „Ehren“-Vorwärtenden des Bundes ganz richtig charakterisierte:

Gezungen haben nicht danach getrachtet, ein großer Mann des Wortes und der staatsmännlichen Auseinandersetzungen zu sein, sondern ein großer Mann des praktischen Angereisten. Daß Sie im Angreifen praktisch und in allen Dingen praktisch groß gewesen sei, hat sich ihm nicht verhehrt.

Podbielski wies in seiner Antwort den Redeführer, der sehr gern auf den Boden der Landwirte gestellt hat, und versprach zum Schluß seine Kinder zu erziehen, „trotz ihrem künftlichen, treu ihrem irdischen Herrn.“ „Aussprechlich und patriotisch ist man im Hause Podbi.“ Dann sprach Diederich Sabn über die „Werte der Flusnmacher“ — allerdings bloß der — freisinnigen Flusnmacher. Andere Worten von Flusnmacher sind auf Dallmin und im Bunde der Landwirte nicht bekannt.

Freisinnige Kubeltreue.

Vorgänge, die sich in den letzten Tagen vor und hinter den Kulissen des preussischen Abgeordnetenhauses abspielten, schienen die Treue der Freisinnigen zur Regierung Wilhelms ein wenig ins Wanken gebracht zu haben. Der Finanzminister v. Helldorf an der Spitze des Freisinnigen, den mittleren Beamten eine Leuzungsgelagte zu gehören, schloß ab;

später aber kam die Gewährung der 5 Millionen, die von der Regierung nach Gut und Billig bereitgestellt werden sollen, durch ein konsensuales-konkretes Kompromiß zustande. Der fanfane Herr Gehling, der einige Einwendungen zu machen wagte, wurde dafür vom Finanzminister in einer so brüderlichen Art abgeleitet, wie sie sich kein Kommissar von seinem Chef gefallen lassen sollte. Die Freisinnige Zeitung und sogar die fanfante aller Parteien, die alle Hoffnungen, begannen von der „Hexa Rhein-haben“ zu reden und lebhaftes Mißvergnügen über diese Art der Regierung zu äußern. Jetzt scheint sich aber wieder alles zum Besten wenden zu haben, denn die Hoffliche Zeitung hat mit Hilfe ihres Freundin, der Volk, die Entdeckung gemacht, daß der Adolfs von Preußen, Herr v. Bethell, den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses beiwohnte. „Nicht ist das Mittel gefast“ rufte sie triumphierend. Daß der Finanzminister fünf Millionen befreiligt, hat seinen Grund in dem Eingreifen des Reichstagslers, der mit dem Freisinnigen Antrag alle Sympathie hatte.

Wilhelm, der anarische Reichstagsler, ist und bleibt also der Schutzherr des Freisinnigen. Dieser hält daran in Treue seit an seinem Glauben, daß alles, was von oben kommt, ein Segen sein müsse. Die Treue, sie ist kein leerer Wahn. Und wäre es auch nur freisinnige Kubeltreue.

Das gezeigte Zentrum. Dem Zentrum stellt die Kreuzzeitung zum Parlamentsklub ein gutes Zeugnis aus. In einem Leitartikel über die national-katholische Bewegung schreibt Oberst A. D. v. Podling:

Ihren Hauptzweck kann man wohl darin erblicken, daß seit dem Wahlen das Zentrum einen kleinen Wandel zum Besseren aufweist. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Sprache der Zentrumstheorie in der letzten Tagung eine andere geworden ist, daher aristokratischere und patriotischere Teil der Partei das Oberwasser bekommen hat.

Das läßt sich allerdings nicht leugnen. Man versucht diese offenkundige Laubbildung aber vielfach zu verbergen, besonders in den Gegenden, in denen sich das Zentrum um die Gänge der Wähler bewegt. Die Zentrumstheorie wird sich allerdings wohl hüten, dieses Maß des rationalen Unterlebens ihren Lesern bekannt zu geben.

Härte und Staatsgewalt. Nach dem Ver. Vorkantagier hat Herr Philipp Eulenburg seinen Staatsantrag gegen Harden gestellt, fordern aber die Staatsanwaltschaft in Preußen, insofern das Verbrechen der Verleumdung des Kaisers, der Strafanzeige gegen sich selber erhalte, um auf diese Weise eine gerichtliche Untersuchung der ganzen Angelegenheit zu veranlassen.

Der arme Staatsanwalt in Preußen wird über diese Zustimmung nicht wenig erstaunen. Aber er wird suchen und unteruchen und schließlich nicht finden, so daß Eulenburg sich nicht verhehrt, daß er sei nicht wie eine Jungfrau. So schied sich aus dem ein so hochbetagter Mann kann nicht unweil sein. Und wenn er's trotzdem ist, braucht's die Welt nicht zu wissen. Das würde nur den Reppel des Volkes mindern, und das Volk ist leider ohnehin schon reppelstos genug.

Der vergessliche Graf Kuno v. Moltke. Die Staatsanwaltschaft in Berlin hat bekanntlich den Antrag des Grafen Kuno v. Moltke auf Strafverfolgung Hardens abgelehnt. Der Artikel in der Zukunft, durch den Moltke und andere der widerrechtlichen Ungehörigkeit beschuldigt wurden, ist nämlich vor länges als sechs Monaten erschienen und darum verjährig. Warum hat Moltke so lange gewartet?

Die Eulenburgerei. Im berühmten Leders-Büch-Prozess, der Ende 1896 verhandelt wurde, legte am 4. Dezember der eine der Angeklagten, der Journalist v. Lüchow, ein umfangreiches Geständnis ab, das protokolliert wurde und unter anderem die nachstehenden Erklärungen enthielt:

„Ich weiß, Tausch (der bekannte Kriminalkommissar und Spitzelsünder), befragt von jeder eine große Antipathie gegen Marschall (den damaligen Staatssekretär im auswärtigen Amt). Er sagte mir, ich sollte die Sache nochmals haarklein zu Papier bringen, weil er die Absicht habe, diese ganze Sache an den Hofrichter Grafen Eulenburg mitzuteilen, um ihm dadurch wieder einmal zu zeigen, wie Eulenburg v. Marschall gegen die Umgebung des Kaisers konspiriere. . . Tausch hat dann auch an den Grafen Philipp Eulenburg, wie er uns sagte, nach Wienberg geschriebe und ihm mitgeteilt, daß er eine wichtige Sache für ihn habe. Eulenburg hat ihm, wie ich gesehen habe, geantwortet, er komme nächstens nach Berlin und freue sich,

ihn dann beglückwünschen zu können. . . Inzwischen habe ich mehrfach berichtet, was ich auch getan habe. Dann wollte er keine Sorge tragen, daß der Kaiser durch Eulenburgs Briefe erfuhr, damit ich endlich dann dem Marschall beim Briefe hätte. . . Ich solle nur nochmals ihm einen eingehenden Bericht geben, er werde damit zu Philipp Eulenburg gehen. . . Aber trotzdem: Eine Nebenregierung gibt es nicht.

Von den Eulenburgs und Besten. Die neueste Hannoverische Spielkarteiäse wird von der Zeit. Vol. Korrepp, als ganz belanglos und als „durchaus interne Angelegenheit“ hingestellt. Demgegenüber steht fest, daß allein ein Regierungsreferendar mit etwa 150 000 M. Reichtum beteiligt ist. Ueber damit zusammenhängende Geschäftsbeziehungen und dergl. verleiht, daß auch Offiziere, die nicht mißgelist haben, durch Bürgerschaften und Unteroffiziere von Wecheln stark beteiligt und geschädigt sind. Die Hauptspieler haben sich aus den Angehörigen reifer bürgerlicher Familien rekrutiert und gehören zum Teil süddeutschen Konvaleszenten-Regimenten an. Das Spiel hat hauptsächlich in dem Kasino der Reichshofe stattgefunden.

Die Hauptfrage. In Volksschulen fehlt es in Ost- und Westpreußen noch sehr. Dafür wird für beide Provinzen ein großes Zentralgefängnis errichtet, das 1000 Straflinge faßt.

Das gehört mit dazu. Schon wieder ist ein Dampfer beim Torpedobohlen getroffen worden. Interner Friedrichshorn in der Meier Böhler wurde der festsitzende gebende Kaiser. Dieser August so fahre durch ein schwarzes Torpedobohlen, daß er katastrophe und schließlich nach Kiel zurückgebracht werden mußte.

Was sich liest, neckt sich. Die Konfessionelle Post schreibt in ihrer geliebten Nummer:

Dummeheit ist eine Gabe Gottes, man soll sie bekanntlich aber nicht mißbrauchen. Eines solchen Mißbrauchs aber macht sich die Freisinnige Zeitung schuldig, indem sie aus der Mitteilung des Abgeordneten Freyherren von Helbig bei dem Kompromißantrage zu dem Nachtragsetat auf eine Schenkung in der inneren Politik des Reiches und Preußens schließt.

Das Freyher v. Helbig es selbst ist, der diese freundschaftliche Apophorierung der liberalen Staatsgefähren vornimmt, mindert nicht den Genuß.

Die unversäufte Volkspartei. Das Zentrum in Bayern räumt sich ab, habe Vertreter aller Berufsgruppen und Stände in seiner Landtagsfraktion. Dabei besteht dieselbe aus 21 Beamten, die sich noch um 9 vermehren, wenn man auch die 20 arbeitenden und landwirtschaftlichen Nebenberufte zuzählt; 21 Beamten von Handel, Gewerbe und Gaudieren; 23 Beamten, darunter 13 Juristen; 15 Geistlichen und endlich vier Arbeiter und unteren Staatsbediensteten. Also vier Mann als Vertreter der arbeitenden Arbeiter in Stadt und Land und der Unterbeamten — aber 95 als Vertreter der Grundbesitzer, Unternehmer, Geistlichen und höheren Beamten. Dabei ist es nicht so wie in der Sozialdemokratie, daß viele einfache Handarbeiter durch Wahlgelungen gezwungen worden sind, sich selbständig zu machen.

Einen der russischen „Verführer“, gegen welche die große Polizeigebiet in Berlin vor vierzehn Tagen gerichtet war, hat bereits die Strafe erreicht. Am Freitag stand vor dem Schöffengericht zu Charlottenburg der russische Student Wofes Usmanoff. Bei der Aufzählung der in russischen Verbrechen, denen er verhaftet worden. Das Verbrechen, dessen er sich schuldig gemacht hatte, bestand in der Führung eines falschen Namens und Pases. Anfänglich war er auch beschuldigt, einer verbotenen Verbindung angehört und Geheimnisse mitgeteilt zu haben. Aber schließlich wurde er nur wegen des erwähnten Vergehens unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht erkannte auf zmonig Jahr Gefängnis event. vier Tage Haft; die Strafe wurde durch die erlittene Untersuchungshaft als verjährig erachtet.

Der wird nach diesem Urteil noch leugnen, daß Verbrechen in Verzuge war und daß der deutsche Bürger allen Anlaß hat, die fürstliche Polizei zu preisen, die über ihn wacht und ihn vor russischen Anarchisten treulich behütet!

Die Fleischer-Zunngung von Apolda hat bei dem Verbandstag der thüringischen Fleischer-Zunngungen beantragt, die Han-

Die zweite Waise.

(Nachdruck verboten.)

Minutal-Roman von Dietrich Teden.

Fünftes Kapitel.

Die Tage waren schon merklich lang. Kamm, daß das Meer des Himmels in ein unbegrenztes Grau überdämmerte und der andere Abend jene dunkelnden Fittiche über die Meier zu spannen begann. Erst als der Meier in den Waldweg eingelenen war, wurde ihm die Machtlosigkeit des zu Ende gehenden Tageslichtes bemerkbar, und über ihm in der Weisheit kündigte sich auch das Brausen des Abendwindes als Vorbote der Nacht an.

Die Luft hatte sich abgekühlt, und von dem feuchten Waldgrunde lag ein saftiger Hauch auf, der das Dufte des stolpenden Baumwerks nicht mehr aufkommen ließ. Von Weiten her gah die untergehende Sonne noch ein trügerisches Gold auf die feile schaukelnde Gestalt, noch der einengestrichelten Seite kam das Dunkel durch die Baumreihen, und das Dunkel tiefer und tiefer schattend herangetragen.

Als das Verlöschen in Sicht kam, hielt der Graf sein Pferd an. Durch eine Schneise wart der tief sehende Sonnenball eine letzte Dichtung auf die Fenster und erzeugte ein blendendes, rotgoldiges Licht und Farbenpiel, dessen Glänzen und Strahlen auch die Umgebung des Hauses in eine beruhende Beleuchtung tauchte. Die zurückgeworfene Strafen spielten wieder auf die Erde und empor in das Ätherische, glitten über noch aussehende Wälder und lasten ein flüchtiges Spielern auf das harte Eisen eines Sandbells, das mit der Schneise in einen niedrigen Holaboll eingeschlagen war.

Von den Besondere des Verfalls war niemand zu sehen, und auch, als der Meier den Jügel seines Pferdes in einen jungen Birkensbaum legte, meldete sich weder Sophie, noch der Häcker zu seinem Empfang. Demnach mußte manichsamen die erste Zugänge sein, denn die Tür stand offen und aus dem Schornstein triefte ein flüchtiger, bleigrauer Rauch.

„Schloß!“ rief Luderer, ehe er eintrat, vor sich her und schaute sich auch noch durch absichtlich lautes Aufstehen bemerkbar zu machen. Aber einen Erfolg erzielte er damit nicht, und erst als er die Stubentür aufgezogen hatte, sah er Sophie. Lebz sie folaktrierten aus einer Ecke und schrien und ihm erschreckt entgegenkamen.

„Der Herr Graf —“ flatterte sie vertriebt. „Entschuldigen Sie den Eingringing, mein liebes Fräulein.“

sagte Luderer freudlich. „Aber Sie müssen schon fest eingeklinkt gewesen sein, denn sonst hätte Sie mich hören müssen.“

Die dumpfe Luft des Zimmers fiel ihm unangenehm auf, und die unvortheilhafte Darstellung des Wädhens fürte ebenso unangenehm auf ihn. Trotzdem fand er den Ton warmer Lieblichkeit.

„Mein liebes Fräulein!“ — er strichte ihr herzlich die Hand entgegen — „wir haben beide recht Lieberabens und wenig Gerechtliches erleben müssen — ich hoffe, Sie urteilen vorläufig und kommen so leicht darüber hinweg wie ich. Nicht wahr, unsterb Freund können wir besser, denn kann uns ein dummes Klatsch nicht entstehend! Hat's Ihnen denn sehr weh getan?“

Sophie nickte, die ihr gebelene Wädhle nur zögernd angenommene. Nach der teilnehmenden Frage des Grafen so lie ihre Hand zucken und glatte unsterb an ihrer Schürze. Ein Rot stieg ihr langsam bis über die breite Stirn, und die verdunkelten Augen blianden herb und abwesend.

„Da eine solche Lieberablung!“ entgegnete sie hart. „Mit den Jüngern weisen die Leute auf mich, und ich trauete mich nicht aus dem Hause. Alle Meinungen sind voll davon, und mich werden sie auch noch hincinsagen.“

Luderer war erstaunt. „Aber, mein liebes Kind —“ Sie ließ sich nicht ausreden.

„Erlaubt Sie gekommen und haben mich zu schanden machen wollen, und dann kommt Der und will mir die große Ehre schenken, und bei alle Worte und ich kann so einer — so einer —“

Eine verständliche Betonung lag auf dem wiederholten „so einer“, und ein abgerissenes, wegwerfendes Aufschlagen folgte nach.

„Mein liebes Fräulein!“ — hob Luderer wieder an. „Aber sofort schmitt sie ihm abermals die Rede ab.“

„Wir er was auf dem Gewissen hatte, wor ihm eine andere wohl zu gut. Bloß ich nicht. So die dumme Landbirn, was ich die auch! Da unten ja froh sein, daß er sich schämen und sie haben wollte.“

„Mein Fräulein!“ — „Aber einmal bin ich bloß so dumme gewesen, ich zu glauben. Den Willen zu schreiben brauchte er mir nicht mehr. Was ich zu wissen brauchte, das hatte ich schon gedruckt. Gehen Sie mir, ich will mich megenessen und eine Dem werden als die Frau von so einer.“

Luderer mußte an sich halten, er sie nicht anzufahren. „Mein liebes Fräulein“, sagte er mit freudlicher Ueberzeugung,

„Sie sehen ja viel zu schwarz. Viel zu schwarz. Was hat er denn getan?“

„Ach, bloß einen halbtot gefolagert!“ fiel sie lächelnd ein. „Einen Lieb, einen verkommenen Menschen!“ beschworichtigte der Graf.

„Das ist mir ganz gleich, und ich will nicht mehr von ihm wissen, was er nicht ist.“

Luderer ließ einen Jähzuck aus. „Mein Fräulein, Sie rüchten ungeracht. Er muß Ihnen doch alles erklärt haben. Dar er nicht?“

„Ach was, eine Menge geschrieben hat er. Das kann er ja leicht. Was glauben mich ich es auch.“

„Eine Menge geschrieben?“ wiederholte Luderer bitter. „Aber Sie denn nicht, welche Herzgensein ihm billiert haben mag.“

„Auch reinmachen will er sich.“

„Es wurde Luderer mit einem Male Kar, daß sie ihre Antipathie so breit und herb verach, weil ihr geistiger Fondus an anweil war und die Höheit der tiefen, bewußten, calten Stillleide ihr abging. Ihr Aufgebotshilfen entpung aus einem harten Kopfe, und war nichts als ein hirnloser, praktischer Selbstmord.“

Eitel hatte sie sich eine Weile im unermesslichen Genuß gefeiert; die erste Prüfung auf ihren Gedeihalt zeigte ihre klaffende Leere.

„Wo ist der Brief?“ fragte der Graf in veränderten Tone. Sie neckte ihn nach gekrümmte Wogen aus der Tiefe ihres Hades und wartete auf den Blick.

„Da, Anstößt so ne Seiten. Ach hab's kaum lesen können.“

„Bedenklich nicht verlieren!“ sagte Luderer trocken. „Kann ich die Wogen an mich nehmen oder — legen Sie noch Wert darauf?“

„Wenn Sie sie haben wollen — ich wollte sie vernehmen.“ Luderer kimpfte nicht mehr gegen die heft in ihm aufsteigende Empörung. „Was haben Sie beantwortet?“ fragte er energisch. „Geantwortet?“ „Nur die die blöde Gegenfrage. „Kann ich ihm den Ring im Brief schicken?“

„Geben Sie ihm her!“ forderte Luderer scharf. Sie hatte ihn bereits vom Finger abgezogen gehabt und holte ihn aus einem Schüßchen.

„Was haben Sie Frau als von, so einem?“ beharrte sie trotzig. „Sich geht bin ich ein ehrliches Mädchen.“

„Eine Gans sind Sie!“ belehrte Luderer herb und ging, ohne ein Wort an sie zu vernehmen. (Fortsetzung folgt.)

Tagesgeschichte.

Halle, 10. Juni.

Ausland.

England. In keinem Lande der Welt hat die öffentliche Meinung einen so gewaltigen Einfluß auf Parlament und Regierung wie in England. Aberkannt hat die Demokratie England nicht auf einer geschriebenen Konstitution, sie beruht in der Tat auf dem Willen des Volkes. Damit ist durchaus nicht gesagt, daß das englische Volk etwa in einem Ebenbild, in dem es seine Unterdrückung gibt. Ein Vergleich mit Deutschland aber fällt doch gar zu sehr zugunsten Englands aus, obwohl ja auch hier der Kapitalismus herrscht und schließlich ist die Demokratie immer auf halbem Wege stehen bleibt. Dafür sorgt schon — von allem anderen abgesehen — das reaktionäre Oberhaus, ohne dessen Zustimmung ja noch immer kein Gesetz zustande kommen kann. Auf wie festen Füßen in dem die englische Konstitution bei alledem steht, das kann man daran erkennen, wenn man weiß, daß es in der Nacht des Unterhauses liegt, das Oberhaus abzuschaffen! Ein wirklich demokratisches Unterhaus ist also insstande das „House of Lords“ mundtot zu machen!

Bur Revolution in Rußland.

Die Auflösung der Duma scheidet nicht auf rechtliche sondern auf finanzielle Bedenken. Rechtliche Bedenken gibt es für die Schurken nicht, die dem russischen Volk den mühsam erzwungenen geringen Einfluß auf den Gang der Staatsgeschäfte wieder nehmen wollen. Aber finanzielle Bedenken haben erlaubt, sie würden keine russische Anleihe mehr unterbringen können, wenn das Maßgesetz geändert würde.

Wilhelm II. und Nikolai sollen beabsichtigen, im Laufe des Sommers neuerlich in der Schiffe sich zu treffen.

Der frühere Premierminister Witte soll wieder an Stelle Stolypin auf diesen Posten berufen werden. Er hat noch vorhin den Reichsstatthalter Stolypin bestig angegriffen. Von anderer Seite wird die Meldung von der Wiederberufung Wittes bestritten. Jedenfalls müßte der Dalles die äußerste Grenze erreicht haben, ehe man auf Witte zurückgreife.

Die Fabrik Pomonaki in Lodz hat von der Berliner Zeitung aus die Wafung erhalten, die Arbeiter, Meister und Bureaubeamte zu entlassen. Zwei Direktoren der Fabrik sind bereits entlassen worden.

Die Duma verhandelt am heutigen Montage über die Amnestiefrage, die möglichst rasch zu neuen Verhandlungen führt. Versamt wurden aus der Kirche des Wallfahrtsortes Niedermöwe bei Warchau die goldenen Kreuze und ein mit goldschmelzenden Brillanten besetztes Bild im Gesamtwerte von 800 000 Rub. Bestätigt wurde das Urteil des Kriegsgerichts in Riga, durch welches acht Teilnehmer an der Empörung im Gefängnis zum Tode, acht andere zu schwerer Zwangsarbeit verurteilt worden sind. Die ersten acht sollen heute erschossen werden.

Ein Vorspiel zum Haager Kongreß.

In wenigen Tagen wird in Haag die zweite Friedenskonferenz zusammenzutreten. 47 Staaten werden durch 200 Delegierte vertreten sein — ein internationales Diplomatenspektakel. 1899 fand die erste Friedenskonferenz statt. Die Anregung hierzu ging bekanntlich von England aus, von demselben England, das alljährlich Tausende seiner eigenen Landkrieger hinschickte, und das wenige Jahre später zum letzten europäischen Staaten den Krieg gegen China unternahm. Das große England hat letzten ein kleines Volk, die Buren, seiner Selbstherrschaft beraubt und seinem Kolonialreiche einverleibt. Immerhin aber ist es gerade England, und nach ihm auch Frankreich, welche doch mit Ernst dahin streben, die ungeheuren Mißstände, unter denen Europa leidet, zu beseitigen. England will, wie sein Premierminister Campbell Bannerman in seinen bekannten Artikel bekundet hat, die Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz erörtern. Wollte hat im deutschen Reichstage kategorisch erklärt, daß Deutschland sich an den Diskussionen über die Abrüstungsfrage nicht beteiligen werde. Daraufhin haben auch andere Regierungen diesen Standpunkt eingenommen, und so wird die einzig praktische und wichtigste Frage auf der Konferenz nicht einmal theoretisch zur Erörterung kommen.

Anders wie Wilton stellte sich der französische Minister des Äußeren Pichon. Am 7. Juni gelangte in der Kammer die Interpellation des Genossen de Pressensac zur Verhandlung, worin die Regierung gefragt wird, welche Kontributionen sie ihren Delegierten zur Friedenskonferenz zu geben gedünke. Der Interpellant befragt zunächst alle Vertretungen, die im Laufe der Geschichte für die Begrenzung der Kriegsausgaben gemacht wurden. Die militärischen Aufwendungen würden für die Nationen Europas — wenn das bisherige Tempo eingehalten wird — bald jährlich vierzig Milliarden betragen. Frankreich brauche jetzt 1270 Millionen für Kriegsausgaben. Mit dem stehenden Heer kämpfen wir für den Ruin unseres Landes! rief der Redner aus. Er unterwarf nun einen Plan, nach welchem die Abrüstung vor sich gehen soll. Es sollen dabei die Bevölkerungsstärke, die Zahl der Geburten, und des Nationalvermögens in Berücksichtigung gezogen werden. Nach Pressensac nähmen nach zwei Redner, der radikale Bourrier und der Radikal-Sozialist Depoin, das Wort. Beide traten auf die Idee der Abrüstung ein; der letztere verlangte allerdings, daß Deutschland vorangehe. Das deutsche Kaiserreich sei das einzige Land, das die Abrüstungsfrage mit Erfolg anregen und durchführen könne. Hierauf antwortete der Minister Pichon. Seine Rede unterschied sich wesentlich von der Wiltons im deutschen Reichstage. Er geht er sich doch mit voller Wärme für die internationalen Schiedsgerichte aus und erklärt, daß Frankreich für ein regelmäßiges Funktionieren dieser Schiedsgerichte eintreten werde. Aber auch für eine Rüstungsbegrenzung erklärte er sich Pichon im Namen der französischen Regierung; sie sei bereit, diese Frage zu diskutieren, wenn sie gestellt wird; er fügte aber hinzu, daß er sich große Mühen in dieser Beziehung nicht mache, eine solche wichtige Frage bedürfe länger Zeit, ehe sie reif werde. Allmählich näherten sich die Staaten, wie die Menschen daran gewöhnt, Gedanken von gleichmäßiger

Gerechtigkeit zu erlassen und auch in die Tat umzusetzen. Die Kammer billigte fast einstimmig die Erklärung des Ministers.

Soziales.

— **Flucht der Steuerzahler.** Dieses Frühjahr sind aus Berlin 93 Fluchtsteuerzahler mehr weggegangen als neu hinzugekommen. Darunter befinden sich 17 Millionen, die über 50 000 Mk. verdienen; nur drei solche „höhere Jünger“ sind als Ersatz zugezogen. In den Steuerflüssen von 23 000 bis 50 000 Mk. Einkommen beträgt der Ueberschuß der Weggezogenen 11. Wohllich liegen die Dinge bei den Einkommen von 15 000 bis 25 000 und bei 14 500 bis 15 000. Ueberall hat eine Verminderung der „harten Schultern“ stattgefunden. Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und die Kommunen, denen der Gewinn aus dieser Flucht der Berliner Steuerzahler zufließt.

Parteiachrichten.

— **Genosse Bebel** sagte, wie ein Brüsseler Korrespondent bürgerlicher Blätter meldet, einen Vortrag ab, den er am gestrigen Sonntag im deutschen Arbeiterverein zu Brüssel über die innerpolitische Lage Deutschlands halten wollte. Als Grund wird ein Leiden Bebel's angegeben, das ihn vielleicht auch verhindere, an der nächsten Sitzung des Internationalen Bureau's teilzunehmen.

— **Eine Ersatzwahl** muß in Ludwigsbühl für den bayerischen Landtag stattfinden wegen Doppelwahl des Genossen Ehrhart. Als Kandidat ist Genosse Huber aufgestellt worden.

— **In Schöneberg** haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten beantragt, der Magistrat solle auf allen städtischen Bauten, wo die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter am 18. Mai von den Unternehmern ausgespart worden sind, die Unternehmern auferlegen, ihren vertragssmäßigen Pflichten nachzukommen. Gehehe das nicht, so sei der Magistrat verpflichtet, auf Kosten der Unternehmer die Arbeiten selbst ausführen zu lassen.

— **In die Redaktion** der Mainzer Volkszeitung ist Genosse Schilbach eingetreten, der infolge Konflikts mit der Prek-Kommission aus der Redaktion der Nordh. Volkszeitung ausgeschied.

— **Dem verstorbenen Genossen Drechsel** wollen die Parteigenossen in Baden ein einfaches Denkmal errichten.

— **Von 30 auf 40 Pfg.** wollen die Hamburger Parteigenossen den Monatsbeitrag erhöhen. In schriftlicher Abstimmung wurde der Antrag mit 2780 gegen 774 Stimmen angenommen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ 8 war' so schön gewesen. Durch eine Flugchrift sollte Genosse Franz Müller aus Uerowalde aufreuzung zum Klaffen gebracht haben. Wohlgenies fühlte sich ein Oberwälder Großhändler durch den Inhalt der Flugchrift beleidigt und stellte deshalb Strafantrag. Die Staatsanwaltschaft lehnte in dem das Eingekreten ab. Trotzdem wurde fernerst der Genosse Müller zu seiner kammerrichterlichen Vernehmung auf offener Straße verhaftet, als er von der Arbeit kam. Da nun mit der Anklage keine Aufreuzung nichts angestrichelt werden konnte, so nahm man sich die Flugblattdirekteur vor. Von den mehr als 100 Verteilern hatte man sechs Mann ausfindig gemacht und jeden mit sechs Mk. Strafe wegen öffentlichen Verlebens bestraft. Da man aber nicht den geringsten Beweis erbringen konnte, daß auch nur ein einziges Flugblatt öffentlich auf den Straßen oder Plätzen verteilt ist, so müßten sämtliche Genossen vor Gericht freigesprochen werden. Dennoch ist die Staatsanwaltschaft nicht ganz fruchtlos verlaufen. Der Drucker der Flugchrift hatte vorgehen, sie mit zu unterzeichnen, und er mußte für dieses schwere Verbrechen sechs Mark bleihen. So war der Gerechtigkeit doch noch Genüge getan.

§ **Gegen acht Parteigenossen** im Bezirksgemeinde Gotha hat der neue Staatssekretär der Kolonien, Herr Denburg, Strafantrag gestellt, weil sie in Neben während der verlassenen Reichstagswahlbewegung Kolonialbeamte beleidigt haben sollen. Die Verbrechen sind die Genossen Boz, Siedowitz, Soos, Ritter, Keller, Kante und Jentzen in Gotha, Schander in Othtra. Acht Menschengegenden ist, wie unter Oberster Parteiblatte mittelt, eine Anklage wegen einer Rede in öffentlicher Versammlung im Bezirksgemeinde Gotha nicht vorgekommen. Der Herr der konservativ-liberalen Linken ist der Vorstoß vorbehalten geblieben. Acht auf einen Streich! Mit der Beurteilung eines Beleidigers wäre die verlegte Ehre seiner Beamten nicht genügend repariert. Alle acht müssen sie büßen. Also beschloß es Denburg, der Reformator und Rächer.

§ **Verboten** wurde in Wrobla der bisher stets genehmigte Festzug der vereinigten Gewerkschaften gelegentlich ihres Sommerfestes.

§ **Abgewiesen** hat das Landgericht Mannheim die Klage der dortigen Fleischerinnung auf Einstellung des von Gewerkschaftskartell über eine Reihe von Metzgermeistern verhängten Boykotts. Es haben nur beleidigende Aufforderungen in den Boykottblättern usw. zu unterbleiben. Von den Klagen hat die Kammer vier fünfzig zu tragen, während ein fünfzig den Beklagten zur Last fällt.

§ **Zu 20 Mk. Strafe** verurteilt wurde Gen. D. Hoffmann als Verantwortlicher der Elberfelder freien Presse wegen Aufreuzung zur Begehung einer furchtbaren Handlung. Es handelte sich um den den Vermerks entnommenen Artikel Aufhebung des Vereinsgesetzes durch das Kammergericht, wegen dessen Genosse Weber vom Vormarsch und Genosse Wolter von der Niederschreiblichen Volkstribüne zu Krefeld ebenfalls je 20 Mk. Geldstrafe zudiktirt erhielten.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf im Berliner Metzgerzweige. Der letzte Bericht des Zentralverbandes der Metzger lautet: Von Montag bis Donnerstag ist die Zahl der in den Streitlinien eingetragenen Verbandmitglieder von 9207 auf 10041 gestiegen. Die Zahl der Streikenden ist von 5196 auf 4930 zurückgegangen. Diese Differenz erklärt sich dadurch, daß die Streikenden größtenteils in den geforderten Bedingungen in Arbeit getreten, andererseits abgerufen sind. Von den Streikenden sind 4157 verheiratet. 891 ledig. Die Zahl der abgeschlossenen

Verträge ist von 493 auf 550 gestiegen. Von den neu abgeschlossenen Verträgen sind 45 bis 55 auf das Konto des solidarischen Eingetragenen der Buzer zu setzen. In den Streitlinien der Buzer sind 1307 Kollegen eingetragen. 500 mehr als bis jetzt noch zur Kontrolle, die übrigen sind in Arbeit getreten, nachdem aus den betreffenden Bauten die Forderungen erfüllt worden sind. Von den Mitgliedern der Buzer und Zementbrände meldeten sich 647 Mitglieder zur Kontrolle, die durch den Kampf in Mühseligkeiten gezogen sind. Die Bewegung hat also erfreuliche Fortschritte gemacht, womit wir sehr zufrieden sein können. — Die Unternehmer wollen schon von heute an die Bauten für diejenigen öffnen, die geneigt sind, zu den alten Bedingungen wieder zu arbeiten! Den ausbreuerischen Herren geht das Wasser schon bis zum Kinn!

Der Berliner Bäckerstreik dauert unüberändert fort. Die nützlichen Elemente oder sollten es Unternehmer sein? beruhen die Meister, die bewilligt haben, dadurch einzuführen, daß sie ihnen die Fenstergehäusen einwerfen. Auch die Polizei greift in den Kampf ein. Sie entfernt die Bewilligungsplakate gemalt aus den Schaufenstern. Ein solches Vorgehen ist unangeleglich, und verschiedene Bäckermeister wollen gegen die Polizei klagen. Ob es etwas nützt wird?

Unternehmer-Terrorismus. In den Reichsmanufakturfabriken von Elberfeld und Barmen haben vor einigen Wochen die Arbeiter die Arbeit eingestellt, und als sie nicht nach Wunsch der Unternehmer zu Kreuze kriechen wollten, haben die Inhaber von 27 Fabriken die Arbeiter ausgespart und die Betriebe stillgelegt. Jetzt hat der Maschinenfabrikanten-Verein Barmen-Elberfeld als das reichsweitwichtigste Unternehmertum der Maschinenbrände Scheinamalgam verbannt, in denen die Arbeitgeber aufgegeben werden, bei der Annahme von Arbeitern außer Acht zu lassen. „Bei gehen“ und „bis auf weiteres überhaupt keine Arbeiter an dem Werkplatz anzuwenden.“ Es handelt sich um Former, Krüger, Schloffer, Dreher, Schmiede, Zugschloffer und Hilfsarbeiter, die mit Arbeitergehältern von 11. Mai ab versehen sind.“ Zum Schluß gibt der Verein der Forderung aus, „daß es nur dieser Mitteilung bedarf, um Sie zur Unterstützung unserer Anwesenheitsregeln durch Nichterfüllung unserer Arbeiter zu veranlassen.“ — Wie sagte doch Wilhelm II.: Schwere Strafe dem, der einen anderen an freiwilliger Arbeit hindert!

Veroffentlichter Friedensschluß im Königsberger Hafen. Nach mehrtägigen Verhandlungen ist endlich der dem Einigungsamt des Königsberger Gewerkschaften ein Tarifvertrag zwischen den beiden Kommissionen vereinbart worden, der zweifellos in kürzester Zeit den Frieden im Hafen herbeiführen wird. Der Tarifvertrag enthält folgende hauptsächlich Bestimmungen. Mit Ausnahme der Kohlenarbeiter ist für alle Arbeiter des Hafens das Arbeitslohn aufgehoben, desgleichen die fremdenweises Entlohnung. Der Tagelohn ist auf 5 Mk. festgesetzt, jeder angelegenen Vorkosten mit 25 Mk., jeder Honorar Tag mit 2.60 Mk. wöchentlich. Die Ueberstunden werden bis 9 Uhr abends mit 70 Pfg., nach 9 Uhr abends mit 90 Pfg. bezahlt; für Sonntagsarbeit ist 1 Mk. pro Stunde festgelegt. Die Abfahrtszeit für Kohlen stellt sich auf 47 1/2 Pfg. pro Tonne je Nacht, und 52 1/2 Pfg. pro Tonne große Kohle, für Ueberstunden gibt es außer dem Vorkosten pro Stunde 60 Pfg. Zuschlag. Außerdem enthält der Tarif eine Bestimmung gegen die Wähler der Stauermeister bei Entlassungen der Arbeiter. Die Aufrechterhaltung der tariflichen Bestimmungen liegt dem Hafenarbeiterverband, ebenso in gleicher Weise der Arbeitgeberorganisation zur Pflicht. Der Tarif soll auf vier Jahre abgeschlossen werden, d. h. bis 15. Juni 1911. In Ludwigsbühl vor dem Königsberg fand nun am Freitag vormittag eine Versammlung der ausgesparten Hafenarbeiter statt, in welcher sich einen einheitlichen Meister der Genossen Schilowes folgende von den Vertrauensleuten vorgeschlagene Resolution einstimmig Annahme fand:

Die heute, am 7. Juni 1907, in Ludwigsbühl folgende Versammlung der ausgesparten Hafenarbeiter nimmt Kenntnis von den zwischen der Tarifkommission und den Rednern getroffenen Verhandlungen. Die Versammlung beschließt einstimmig, sich dem Antrage der Vertrauensleute zu fügen und die zwischen der Tarifkommission und den Rednern abgeordneten Verhandlungen abzuwickeln, sich bindend zu erklären und sie einstimmig anzunehmen. Die Versammlung gibt sich nunmehr der vollen Hoffnung hin, daß der Friede im Hafen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bald und ganz eintreten wird. Dazu ist aber nötig, daß die Streittrüger, die unter denselben Umständen ausgespart wurden, auch die Arbeit aufnehmen können.

Die Versammlung erwartet daher, daß nunmehr die kein Fleißer Rolle fernerest beantragten Einigungsbeschreibungen stattfinden werden, um die Bedingungen, unter denen die Streittrüger die Arbeit aufnehmen, festzusetzen.

Die Versammlung erwartet, daß die Konflikte ebenso handeln werden, wie die Redner und in Verhandlungen in allerunterster Frist eintreten, wie es im Interesse des sozialen Friedens geboten ist.

Am 15. Juni soll die Arbeit im Hafen wieder aufgenommen werden. Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, innerhalb dieser Zeit alle angeworbenen Streittrüger zu entlassen und alle ausgesparten Arbeiter wieder einzustellen.

Rund 1800 000 Gewerkschaftler sind, wie wir schon mitteilen, nach einer vorläufigen Zusammenstellung am Schluß des Jahres 1906 organisiert gewesen. Das sind 1800 000 mehr als Ende 1905. Nach den Fortschritten der Organisations in den ersten Monaten des laufenden Jahres dürfte jetzt bereits die zweite Million voll sein.

Gegen die Frauen. Der Weber W. Reimes zu Reifele, der befohlene Leiter des Innterpremierigen Gewerkschafts, hat eine Resolution erlassen, die er am 20. November 1905 eine öffentliche Versammlung für Arbeiter und Arbeiterinnen angeordnet. Die Annahme erfolgte auf einem Vorschlag von dem Vorstand des Reichsarbeiterverbandes, Innterpremierigen Gewerkschaften. Der Vorgesandene teilte ihm mit, wenn Frauen an der Versammlung teilnehmen, hätte sie die Zustimmung zu gewärtigen. Die Versammlung sei als Veranstaltung des Deutschen Zentralarbeiterverbandes anzusehen. Dieser aber wäre ein politischer Verein gemäß § 8 des preussischen Vereinsgesetzes, wonach Frauen nicht teilnehmen dürften den Versammlungen und Sitzungen solcher Ver-

